

Die aktuelle Jagd nach Land

Ralf Leonhard

Land Grabbing hat es immer schon gegeben. Ich erinnere mich an Anzeigen in der FAZ in den 1970er Jahren. Da wurden deutschen Investoren riesige Ländereien in Paraguay angeboten. Die Regierung des bayerisch-stämmigen Diktators Alfredo Stroessner ging großzügig um mit den Ressourcen des Landes. Die Konsequenzen sehen wir heute: Paraguay ist von Monokulturen überzogen und wird vom Agrobusiness ausgebeutet. Da werden die *communities* kaputt gemacht, der Boden mit Kunstdünger ruiniert. Der Chaco wird abgeholzt, die kulturellen Rechte der vorwiegend indigenen Bevölkerung werden mit Füßen getreten. Obwohl das Land ausreichend landwirtschaftliche Fläche hätte, müssen über 60 % der Nahrungsmittel importiert werden. Gleichzeitig verlassen tausende Tonnen von Soja das Land. Exportsteuer wird dafür keine bezahlt. Das Gemeinwesen kriegt also nichts zurück.

Die zentralamerikanischen Länder leiden heute noch unter dem Etikett als Bananenrepubliken und der Demütigung, die damit einherging. Bis über die Mitte des 20. Jahrhunderts setzte die United Fruit Company dort nach Belieben Regierungen ein und ab, korrumpierte Politiker oder rüstete Söldner aus, wenn einmal ein Präsident unbotmäßig war. So in Guatemala 1954.

Was unterscheidet jetzt den traditionellen Landerwerb in Übersee vom modernen Land Grabbing? Der Unterschied liegt einerseits in den Akteuren, andererseits in der Art der Investition. Gemeinsam ist die Ausrichtung auf hauptsächlich für den Export bestimmte Monokulturen. Heute können wir beobachten, dass Investoren, die bisher nichts mit Landwirtschaft zu tun hatten, plötzlich in Land investieren. Nach dem Platzen der .com Blase und dem Kollaps des Immobilienmarktes in den USA sucht das Kapital neue Anlagemöglichkeiten. Durch die Lebensmittelkrise ist deutlich geworden, dass Nahrungsmittel, die knapp geworden sind, sich hervorragend dafür eignen. Aktienfonds suchen die schnelle Rendite über die knapper werdende Ressource Land und sichern sich Flächen, bevor die Preise steigen. Andererseits versuchen Staaten mit großer Bevölkerungsdichte, langfristig die Nahrungsmittelversorgung abzusichern.

Nur in besonders dreisten Fällen werden solche Geschäfte international bekannt. Letztes Jahr ist ja sogar ein Präsident über einen solchen Deal gestolpert. Marc Ravalomanana von Madagaskar hatte mit dem koreanischen Multi Daewoo einen zunächst geheimen Pachtvertrag über 99 Jahre über 1,3 Mio Ha Ackerland abgeschlossen. Das entspricht der halben Fläche von Belgien. Daewoo wollte dort Mais für die Lebensmittelversorgung der eigenen Bevölkerung und Ölpalmen für Agrosprit anbauen. Der Daewoo Manager Hong Jong-wan sprach damals vor knapp zwei Jahren, bevor die Welt für solche Deals sensibilisiert war, ziemlich offen aus, worum es ging: "Wir möchten dort Mais pflanzen, um unsere Nahrung zu sichern. Lebensmittel können eine Waffe sein auf dieser Welt."

Typisch für das, was Land Grabbing ausmacht, waren die Konditionen. Als Pachtzins war die doch erstaunliche Summe von Null Dollar, Null Cent vereinbart. Einzige Gegenleistung: Die Regierung wollte 30% Steuern auf die Gewinne einheben. Und das Hauptargument waren Jobs.

„Wir werden Arbeitsplätze bereitstellen, indem wir das Land bebauen, und das ist gut für Madagaskar“, wurde ein Daewoo-Sprecher damals in der Presse zitiert. Das in einem Land, wo 700.000 Menschen von Lebensmittelhilfe des WFP (Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen) leben. Das Ende der Geschichte ist bekannt. Ravalomanana fand sich mit einem Aufstand konfrontiert und musste dem Bürgermeister von Antananarivo, Andry Rajoelina weichen, der den Vertrag annullierte.

Was da in Madagaskar passiert ist, war sicherlich der spektakulärste Fall, wahrscheinlich der dreisteste und jener, der die größte Fläche betraf. Über 465.000 Ha, die in Madagaskar an den indischen Varun International Konzern für den Anbau von Reis verpachtet wurden, hört man nichts. Aber Land grabbing passiert ständig und fast überall. Deutsche und österreichische Großgrundbesitzer sichern sich Wälder in Rumänien und Bulgarien weil sie voraussehen, dass mit dem Aufschwung von Alternativenergien die Nachfrage nach Holz steigen wird. Der Wüstenstaat Libyen hat sich in der Ukraine 100.000 Hektar Land für die Weizenproduktion gesichert und weitere 100.000 Ha für Reis in Mali. Im Argentinischen Patagonien wurden unter dem neoliberalen Präsidenten Carlos Menem 8 Mio Hektar Land verkauft – die Fläche Österreichs. Privatinvestoren haben damit auch die Rechte über Wasser-, Öl- und Gasressourcen erworben.

Ziel solcher Investitionen ist aber vor allem Afrika. So übt die dünn besiedelte Region Gambela im westlichen Äthiopien eine besondere Anziehung auf Investoren, vor allem aus Indien, aus.

Zuerst kam die Karuturi Gruppe, das sind die weltgrößten Produzenten von Schnittrosen, im Jahr 2008. Dann dieses Jahr die Ruchi Gruppe und zuletzt BHO Agro Public Limited Company. Das Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung hat BHO 27.000 Ha zur Pacht versprochen. BHO will dort Plantagen für Agrosprit anlegen.

Karuturi hat 300,000 Hektar (das ist mehr als die Fläche von Luxemburg) in Gambela unter Pacht. Angebaut wird dort Weizen für den Export.

Die Ruchi Group will auf 25,000 Ha auch Agrosprit produzieren.

Die äthiopische Regierung verspricht sich von diesen Investitionen erhebliche wirtschaftliche Vorteile. Gegner dieser Deals fürchten, dass lokale Bauern verdrängt werden und die zu erwartende Überbeanspruchung der Wasserressourcen die Nachbarländer schädigen wird. Denn der Baro Fluß, der das Gebiet von Gambela bewässert, ist ein wichtiger Zubringer des Weissen Nils.

Außer den Indern sind auch andere Investoren in Äthiopien unterwegs. Anfang des Jahres hat die Regierung die Verpachtung von 22,000 Ha an die National Bank of Egypt (NBE) bewilligt. Der benachbarte Zwergstaat Djibouti hat 3,000 Ha in Bale erworben. Saudi Star Plc, ein Konzern des Milliardärs Scheich Mohamed Al Amudi, ein in Äthiopien geborener Saudi, hat dort 10,000 Ha für Reis bekommen, der für Saudi Arabien bestimmt ist. China soll in der Dem Rep Kongo 2,8 Mio Ha für die weltgrößte Palmölplantage erworben haben. Südkoreo hat im Sudan 690.000 Ha für Weizen gepachtet. Die Vereinigten Arabischen Emirate bauen dort auf über 400.000

Ha Mais, Bohnen, Alfalfa Gras, Kartoffel und Weizen an, Ägypten auf etwa der gleichen Fläche, Weizen.

Selbst auf diesem Gebiet kann man noch, wenn man moralisch urteilen will, zwischen bösen und ganz bösen Investoren unterscheiden. Die Staatsunternehmen, denen es um die langfristige Nahrungssicherung der eigenen Bevölkerung geht, sind in der Regel bereit, echte Gegenleistungen in Form von Infrastruktur einzubringen. Da geht es in erster Linie um China und die Golfstaaten. Sie bauen Straßen, Häfen, vielleicht sogar Schulen und Kliniken, um sich die lokale Bevölkerung gewogen zu halten. Gerade die Chinesen haben in Afrika einen relativ guten Ruf: sie tun etwas, während die Europäer vor allem schön reden. China hat zwar derzeit genügend Nahrungsmittelproduktion im eigenen Land, benützt aber Afrika für Agro-Treibstoffe.

Und dann sind da die Aktienfonds, die ihren Anlegern Renditen von 20 – 25% Prozent in Aussicht stellen. Sie investieren nichts. Ihnen geht es darum, sich das beste Ackerland mit ausreichend Wasser und Zugang zum Markt bzw. zum nächsten Hafen zu sichern. Unter Fonds Managern, so sagen, die die Zugang zu diesen Zirkeln haben, spricht man weniger von der Sicherung von Land, sondern von Wasserressourcen, dem knappen Gut von morgen. Man hört immer wieder das Argument, in instabilen Ländern sei das Risiko hoch, das müsse man sich mit höheren Profitmargen abgelten lassen.

Die Industriestaaten spielen zwar beim Land Grabbing selbst eine untergeordnete Rolle, sind aber mitverantwortlich für die Politik der Finanzinstitutionen, die solche Deals unterstützen oder Regierungen dazu drängen, Investoren Tür und Tor zu öffnen. Auch die steigende Nachfrage nach Agrotreibstoffen und verpflichtende Beimischungsregeln stimulieren den Land Grab. Die OECD schätzt, dass ihre Mitgliedsstaaten, allen voran natürlich die USA und die EU-Länder, allein im Jahre 2006 zehn Milliarden US-Dollar in Biodiesel und Bioethanol der ersten Generation gepumpt haben.

Dabei vernachlässigen sie ihre Pflicht, das Menschenrecht auf Nahrung zu respektieren und zu schützen. Denn die Staaten sind verpflichtet, den Menschen den Zugang zu ausreichender, angemessener und sicherer Ernährung zu gewährleisten. Wenn durch Landgeschäfte Menschen vertrieben, zwangsumgesiedelt oder in ihren Ressourcen beschnitten werden, so werden sie in ihren Rechten verletzt. Olivier de Schutter, der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, empfiehlt daher dass bei Land-Deals zumindest ein Teil der Produktion auf den lokalen Märkten angeboten werden soll. Außerdem sollte die kleinräumige, arbeitsintensivere Landwirtschaft gegenüber großflächigen Monokulturen, deren Bewirtschaftung größtenteils mechanisiert ist, bevorzugt werden.

Richtig begonnen hat der Boom von Investitionen in Ackerland mit der Nahrungsmittelkrise vor fast drei Jahren. Durch die zunehmende Konkurrenz von Agrosprit und Lebensmitteln, durch Dürren in großen Anbauländern und die Spekulation mit Grundnahrungsmitteln wie Reis, Mais und Weizen kam es zur Verknappung des Angebots und sprunghaftem Anstieg von Preisen in Ländern, wo dieses Getreide gerade für die Armen das tägliche Brot ist. In Mexiko waren es die

Maistortillas, auf den Philippinen der Reis. Es gab Hungeraufstände in Mexiko, in Haiti und anderen Ländern.

Der darauf einsetzende Run auf Ackerland hat sogar die Weltbank in Zugzwang gebracht, die solche Investitionsprojekte gerne unterstützt, weil sie ihrem Entwicklungsmodell der exportorientierten Landwirtschaft entsprechen. Ich war im Mai bei einer Fachtagung zum Thema Land Grabbing an der ETH in Zürich. Da war im Programm die Präsentation des Weltbankberichts angekündigt. Es hat geheißen, der Bericht sei längst fertig. Weltbankvertreter Klaus Deininger, einer der größten Promotoren der sogenannten marktgestützten Agrarreform, die nirgends zu größerer Gerechtigkeit bei der Landverteilung geführt hat, ließ sich aber entschuldigen. Der Bericht sei noch nicht fertig. Was man so aus informierten Kreisen hörte, war, dass einfach zu wenige positive Aspekte und Beispiele gefunden werden konnten, um die Politik der Weltbank zu rechtfertigen.

Vor sechs Wochen war ich dann in Kamerun, wieder auf einer Konferenz zum selben Thema. Und da war es dann soweit. Kurz vorher war das lang erwartete Dokument endlich veröffentlicht worden – ohne großes Tamtam auf der Website, und nur auf Englisch. Man stand unter Zugzwang weil die Inhalte bereits durchgesickert waren. Irgendjemand hatte ein paar Wochen vorher den Rohbericht an die Financial Times geschickt, die genüsslich daraus zitierte.

Der Bericht selbst war gemessen an den großen Erwartungen, enttäuschend. Statt wie angekündigt 30 Länder zu untersuchen, beschränkte er sich auf 14. Die mächtige Weltbank war nämlich auf die gleichen Probleme gestoßen, wie unabhängige Journalisten, Wissenschaftler und Aktivisten: die Companies aber auch die Regierungen wollten mit der Information nicht herausrücken. So stützten sich die Experten auf Information, die über das Internet zugänglich waren, allen voran die website von GRAIN, einer international vernetzten Organisation, die als erste die Bedrohung für die Nahrungssouveränität erkannte, die vom Land Grabbing ausging. Anders als GRAIN, FIAN oder die meisten Medien, spricht die WB nicht von Land Grabbing, sondern von *Large scale land acquisitions*, was bedeutend neutraler klingt. Allerdings gelang es nicht, allzu viele positive Effekte dieses Phänomens herauszuarbeiten.

Im Großen und Ganzen zeichnen die Ergebnisse ein negatives Bild der Folgen der Landkäufe durch Chinesen, arabische Golf- und andere asiatische Staaten.

Land gegen Job

Befürworter dieser Investments hoffen auf Wissens- und Technologietransfer wie etwa neue Bewässerungssysteme und Straßen. Gegner sprechen von einer neuen Form von Kolonialismus. Das Interesse an Land stieg nicht zuletzt wegen der gestiegenen Nahrungsmittelpreise, die insbesondere importabhängigen Ländern Anlass zur Sorge geben, aber auch durch die Förderung von Bioenergie.

Handel auf Vormarsch

Der Deal heißt meistens: Billiges Land gegen vage Versprechen von Arbeitsplätzen und Infrastruktur. „Das Interesse der Investoren ist fokussiert auf Länder mit schwachen Regierungen“, heißt es in dem Bericht

Es würden zwar Arbeitsplätze und Infrastruktur versprochen, allerdings stünden Ausbeutung und die Aussicht auf schnelle Gewinne im Vordergrund. Spekulation sei ein Schlüsselmotiv für die Landkäufe. Land würde von Regierungen, die auf das schnelle Geld hofften, oft zum Nulltarif vergeben. Die Weltbank kann auch nicht umhin festzustellen, dass solche Geschäfte vor allem dort stattfinden, wo die Rechtsstaatlichkeit unterentwickelt ist.

Auch dass mehr versprochen als gehalten wird, um die lokalen Communities zu überzeugen, bleibt den Experten nicht verborgen:

Many investments (...) failed to live up to expectations and, instead of generating sustainable benefits, contributed to asset loss and left local people worse off than they would have been without the investment. In fact, even though an effort was made to cover a wide spectrum of situations, case studies confirm that in many cases benefits were lower than anticipated or did not materialize at all.

Dass Umweltgesetze regelmäßig umgangen werden, wird auch festgestellt. Negative Folgen für die Landwirtschaft seien die Regel - bis auf wenige erfolgreiche Ausnahmen, wie etwa in Tansania. Denn selten ist in den Ländern, wo billig eingekauft wird, Rechtssicherheit gewährt. „Selten wenn überhaupt“ gäbe es Bemühungen, die Investitionen in eine breitere Entwicklungsstrategie einzubauen und die Landwirtschaft zu verbessern, kritisiert der Bericht.

Den Investoren fehle es an der Erfahrung, Land zu bebauen, und an Kommunikation mit der lokalen Bevölkerung. Häufig gebe es Konflikte über Landrechte. Das Land werde daher schnell ausgebeutet, ohne dass man sich um die nachhaltige Nutzung der Böden kümmere. Die Angst, dass lokale Produzenten an den Rand gedrängt werden, steige dadurch.

Aber nach der Aufzählung aller negativen Folgen und Begleiterscheinungen von Land Grabbing kommt die Weltbank zum erstaunlichen Schluß, dass man trotzdem weitermachen soll. Sie wünscht sich lediglich die Einhaltung einer Reihe von Prinzipien, die allzu katastrophale Konsequenzen verhindern oder abmildern sollen: Einhaltung der Umweltstandards, Konsultationen mit den betroffenen Bevölkerungsgruppen, Transparenz, etc. Das sind natürlich unverbindliche Empfehlungen über die viele Investoren sicher nur lächeln werden, denn gerade in der Intransparenz und dem Übergehen der Interessen der Bevölkerung liegt ja das größte Profitpotential.

Oft wird damit argumentiert, das ungenutztes Land wirtschaftlich nutzbar gemacht wird. Es gibt ja in vielen Ländern auch große Flächen von Staatsland, die zumindest offiziell von niemandem bebaut werden. Anuradha Mittal vom Oakland Institut in Kalifornien, die sich sehr intensiv mit dem Phänomen des Land Grabbing befasst, weist aber darauf hin, dass viele dieser angeblichen Brachflächen etwa Korridore für Hirtennomaden sind, die auf den regelmäßigen Wanderungen von einem Weidegrund zum anderen benutzt werden. Oder es gibt Flächen, die sich nach langer Nutzung erholen müssen und wieder andere, die für die nächste oder übernächste Generation aufgespart werden. Land, das niemandem gehört und das nur darauf wartet, von Investoren bebaut zu werden, gibt es praktisch nirgends.

Eine Liste von am meisten betroffenen Ländern und jenen Ländern, von denen die meisten Land Grabs ausgehen, sucht man vergebens.

Bereits im Mai zeigte ein Bericht, der in Kooperation zwischen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), dem Internationalen Agrarentwicklungsfonds (IFAD, beide UNO) und dem Internationalen Institut für Umwelt und Entwicklung (IIED) erstellt wurde, dass internationale Investoren willkommen geheißen werden. Neben asiatischen Staaten und den arabischen Emiraten spielen demnach auch private Großinvestoren aus der EU und den USA eine Rolle.

Daten gibt es nur wenige. Laut Weltbank sollen etwa zwischen 2004 und 2009 3,9 Millionen Hektar im Sudan und 1,2 Mio. in Äthiopien übernommen worden sein. Die Nachfrage wird kaum nachlassen. Andere Schätzungen gehen davon aus, dass Staaten und Firmen weltweit in Flächen von 15 Mio. Hektar investiert haben - davon betroffen sind aber neben Afrika auch Lateinamerika und Asien.

2008 waren die USA mit 15 Prozent der wichtigste Partner Afrikas, gefolgt von China mit 10,6 Prozent und Frankreich mit 8,3 Prozent. Indien (3,5 Prozent) reihte sich nach Italien, Deutschland und Großbritannien auf Rang acht. An elfter Stelle war Brasilien. China zählt zu den Vorreitern. Es investierte 2007 bereits 4,5 Milliarden Dollar. Das International Food Policy Research Institute (IFPRI) schätzt, dass in den letzten 3-4 Jahren 15 bis 20 Mio Ha Ackerland in E-Ländern ausländischen Investoren verkauft, verpachtet oder versprochen wurden. Dazu kommen noch 10 Mio Ha, die SA in der Dem Rep Kongo für Mais und Sojabohnen beanspruchen wollen.

Der International Fund for Agricultural Development (IFAD) weist zurecht darauf hin, dass die größten Investoren in der Landwirtschaft die rund 500 Millionen Kleinbauernfamilien sind, die mehr als zwei Milliarden Menschen, fast ein Drittel der Menschheit, ernähren und 80 Prozent aller Nahrungsmittel produzieren, die in den sog. Entwicklungsländern konsumiert werden. Trotzdem werden sie in aller Regel vernachlässigt und können von staatlichen Subventionen, wie sie ausländischen Investoren angedient werden, nur träumen. Sie brauchen nicht anderes als Rechtssicherheit, Zugang zu Wasser und Krediten, Beratung, angepasster Technologie und zu den Märkten. Das hat auch das UNDP, das UN Development Program, längst erkannt und empfiehlt Investitionen in organische Landwirtschaft der Klein- und Kleinstbauern. Letzten Endes ist das auch eine Menschenrechtsfrage, die das Recht auf Nahrung und die Nahrungssicherheit berührt. Es ist eigentlich nicht einzusehen, warum das nicht längst auch von den Internationalen Finanzinstitutionen und den Regierungen anerkannt ist.